

## Änderungsantrag zum Antrag des Vorstands zur Wahlstrategie Neukölln 2026: Gemeinsam sind wir stark

Antragsteller\*innen: Aaron Röver (BO Hermannstraße), Johanna Daniel (BO Hermannstraße), Stefanos Kontovitsis (BO Hermannstraße), Stefan Tschöpe (BO Hermannstraße), Isa Sander (BO Hermannstraße)

die Mitgliedervollversammlung möge folgende Änderungen beschließen:

Zeile	Ursprungsfassung	Änderung
Vor Zeile 103	-	<u>Einfügen:</u> Hinsichtlich einer möglichen Regierungsbeteiligung auf Landesebene spricht sich der Bezirksverband für eine Position der roten Linien aus. Eine Position, die auf Regieren um jeden Preis abzielt oder eine Regierungsbeteiligung von vornherein ausschließt, lehnen wir ab. Die Einhaltung der roten Linien soll nicht automatisch zu einer Regierungsbeteiligung führen, sondern nur ein absolutes Minimum für eine mögliche Beteiligung darstellen.
103 - 111	Daher ist für uns klar: Nicht regieren, sondern verändern ist unser Ziel. Die Beteiligung an einer Regierung auf Landesebene ist für uns nur dann vorstellbar, wenn wir hier grundlegende Veränderungen durchsetzen können, die das Leben der Menschen verbessern: Die Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen, die Bereitstellung von ausreichend Geldern für eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge, einen Stopp aller Abschiebungen, Grundrechtseinschränkungen, der eskalierenden repressiven Politik und Militarisierung des Öffentlichen, gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen und ein freies Tempelhofer Feld. Das sind unsere roten Linien. Unsere Mandatsträger*innenvereinbarung und eine kontinuierliche, verbindliche Rückkopplung an die Basis hält unsere Mandatsträger*innen in der Verantwortung, in diesem Sinne zu wirken.	<u>Ersetzen durch:</u> Denn für uns ist klar: Nicht regieren um jeden Preis, sondern verändern ist unser Ziel. Wir werden uns nur dann im Landesverband für eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene stark machen, wenn wir hier grundlegende Veränderungen durchsetzen können, die das Leben der Menschen verbessern. Dabei wollen wir auf eine Position der roten Linien hinwirken, deren Überschreitung eine automatische Absage an jegliche Regierungsbeteiligung zufolge hat. Welche roten Linien dies genau sind, wird auf einer Mitgliederversammlung im Sommer beschlossen. In Frage kommen Themenfelder und Positionen, auf die eine Regierung auf Landes- und/oder Bezirksebene Einfluss hat. Rein bundespolitische Themen eignen sich nicht. Minimum sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen bzw. die Umsetzung von DWE</li> <li>- die Bereitstellung von ausreichend Geldern für eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge</li> <li>- eine Absage an die Bebauungspläne des Tempelhofer Felds.</li> </ul> Unsere Mandatsträger*innenvereinbarung und eine kontinuierliche, verbindliche Rückkopplung an die Basis halten unsere Mandatsträger*innen in der Verantwortung, in diesem Sinne zu wirken.

### Begründung:

Die aktuelle Fassung des Antrags zur Wahlstrategie bleibt hinsichtlich der Positionierung des Bezirksverbands zu einer Regierungsbeteiligung noch zu unkonkret. Der vorliegende

Änderungsantrag soll klarstellen, wie sich der Bezirksverband positioniert und was eine Position der roten Linien genau bedeutet.

Für welche roten Linien sich der Bezirksverband einsetzt, soll die Basis auf einer Mitgliedervollversammlung im Sommer entscheiden und nicht als Teil eines langen Antrags in einem Satz entschieden werden.

Der vorliegende Änderungsantrag ist der Versuch, die bisher von den Antragsteller\*innen als mehrheitlich wahrgenommenen roten Linien im Bezirksverband (gegen Kürzungen, für die Umsetzung von DWE und gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes) schon jetzt festzulegen. Potenzielle weitere rote Linien für den Bezirksverband sollen dann in einem nachgelagerten Prozess beschlossen werden. Dabei sollen sich rote Linien nur auf Themen beschränken, die landes- und bezirkspolitischer Ordnung sind. Die ansteigende Militarisierung oder Grundrechtseinschränkungen sind per se erstmal bundespolitische Angelegenheiten. Wenn wir bereit für Verantwortung sein wollen, auch wenn diese an bestimmte Voraussetzungen gebunden wäre, können wir Entscheidungen einer CDU/SPD Bundesregierung nicht als rote Linie für eine Landesregierungsbeitrag festlegen. Das würde de facto jede Regierungsbeitrag ausschließen, da diese Themen außerhalb unseres Einflusses liegen.